

03.03.2014 - 20:28 Uhr

Mäßigung ist das Gebot der Krise/ Ein Leitartikel vom Jochim Stoltenberg

Berlin (ots) -

Zumindest diese Angst angesichts der Lage in der Ukraine ist unbegründet: Einen Krieg durch militärisches Eingreifen der Nato zur Abwehr russischer Expansionspläne wird es nicht geben. Weil die vertraglichen Voraussetzungen dafür ebenso fehlen wie der politische Wille der Verbündeten. Groß und völlig berechtigt ist dagegen die Sorge, dass die Beziehungen zwischen West und Ost - also zwischen Amerika und Europa einerseits, Putins Russland andererseits - zurückfallen in den Kalten Krieg, von dem wir doch hofften, ihn dank Michail Gorbatschow und mit dem Fall der Mauer vor 25 Jahren überwunden zu haben.

Mit der faktischen Machtübernahme auf der Krim, Teil des souveränen Staates Ukraine, und damit ein völkerrechtswidriger Akt, provoziert der Kremlchef die Übergangsregierung in Kiew ebenso wie die westlichen Regierungen von Berlin bis Washington. Doch es hilft niemandem, das Säbelrasseln des einen mit Drohgebärden des anderen zu beantworten. So schwer es auch fallen mag, in dieser brandgefährlichen wie emotional aufgeladenen Stimmung den Dialog zu suchen, eine Gesprächsebene für alle Beteiligten zu finden - es bleibt der einzig richtige Weg.

Auf ihn bewegen sich die EU-Regierungschefs zu, wenn sie sich zu einem Sondergipfel treffen. "Fact Finding Mission" oder "internationale Kontaktgruppe", über die Bundeskanzlerin Angela Merkel vorab sondierend mit Putin telefoniert hat, ohne auf schroffe Ablehnung zu stoßen, sind erfolgversprechender als Sanktionen, wie sie Washington präferiert. Zumal diese schnell zum Bumerang werden können angesichts der noch vorhandenen Abhängigkeit vom russischem Gas und Erdöl.

Der Dialog aller Beteiligten ist auch deshalb der einzige Weg zur Deeskalation, weil keine Seite wirklich unschuldig ist an dem, was sich in und um die Ukraine zugespitzt hat. So verständlich der Aufstand gegen den mittlerweile flüchtigen Staatspräsidenten Janukowitsch, so provozierend manche zumindest empfohlene Drangsalierung des pro-russischen Bevölkerungsteils. Die EU wiederum hat die Ukraine mit dem (gescheiterten) Assoziierungsabkommen vor die Schicksalswahl zwischen Europa und Russland gestellt, ohne die zu erwartenden Folgen zu bedenken. Von Russlands Versuch, die Ukraine durch den Einsatz militärischer Macht zu spalten, ganz zu schweigen.

Der Kommentar im Internet: www.morgenpost.de/125396903

Kontakt:

BERLINER MORGENPOST
Chef vom Dienst
Telefon: 030/2591-73650
bmcvd@axelspringer.de

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100050382/100752201> abgerufen werden.